



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/285

7. Dezember 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

"Deutscher Beitrag" - zivile Verteidigung	S.1
ABC-Block - Südamerikas Benelux	S.3
Entweignung von Bauland	S.4
Internationaler Journalistenverband	S.5
"Oberideologen"	S.5

Werbebüros und Luftschutzdienststellen

P.R.Bonn, im Dezember

In schöner Harmonie prangen als frischeste Blüten am Baum des vielzitierten "deutschen Beitrages" die Berichte über die von den Alliierten beabsichtigte Einrichtung von Werbebüros in Deutschland neben den Mitteilungen über eine mögliche neue Luftschutzdienstverpflichtung. Das nun geht Herrn Schulze und Frau Müller unmittelbar an. Korea - trotz allen alarmierenden und drastischen Berichten ein fernes Land - rückt dem Bewusstsein des Einzelnen sehr viel näher.

Nach einem Reuter - Bericht aus Paris sollen deutsche Aushebungsbüros dem Bundesarbeitsministerium angegliedert und von der alliierten Hohen Kommission überwacht werden. Die sofortige Einrichtung solcher Büros sei vom atlantischen Exekutivausschuss bereits gebilligt. Die Franzosen hätten sich inzwischen mit der Einbeziehung deutscher Truppen in eine westeuropäische Verteidigungstreitmacht einverstanden erklärt. Ein Verteidigungsministerium werde der Bundesregierung nicht zugestanden. Die deutschen Einheiten würden die Stärke von "Kampftrouppen" oder Brigaden haben.

Trifft dieser Bericht zu, dann hat man sich für einen ganz unmöglichen Weg entschlossen. Das Prinzip der Gleichberechtigung und des freien deutschen Entschlusses wird völlig ignoriert und geradezu vorbildlich sind alle Elemente eines Landsknechts-Systems unter fremder Befehlsgewalt darin enthalten. Das vorliegende neue Beispiel zeigt noch einmal besonders deutlich, wohin der Weg führen soll und

wie richtig es war, von vornherein äusserst misstrauisch zu sein. Man darf auf die publizistischen Rückzugsgefechte gespannt sein, die nach diesem Vorstoss einsetzen werden, wenn man sie überhaupt noch für notwendig halten sollte. Vielleicht wollte man auch nur noch einmal auf den Busch klopfen.

Die Wiedereinrichtung von Luftschutz-Dienststellen und praktischen Sicherungsvorkehrungen sind natürlich unter ganz anderem Gesichtswinkel zu sehen, wenn sie auch im Zeichen der gleichen Inkonsequenz stehen. Bis in die letzten Wochen, in einzelnen Fällen bis in die letzten Tage hinein, sind Luftschutzbunker gesprengt worden. Das Kontrollrats-Gesetz Nr. 23, das jede Regung eines vorbeugenden Selbstschutzes unter schwere Strafe stellt, besteht noch immer. Der sachliche Unterschied zu jenen Rekrutierungsabsichten ist natürlich elementar: denn bei der Schaffung eines Luftschutzes handelt es sich um eine Massnahme der vorbeugenden Sicherung für alle Fälle, um eine Notwendigkeit. Es wäre falsch, solche Absichten alarmierend zu kommentieren, aber es wäre ebenso falsch, die Augen vor gewissen Gefahren zu verschliessen.

Im Bundesinnenministerium äusserte sich ein Fachmann, der über beste internationale Orientierungsmöglichkeiten verfügt, zu den Möglichkeiten und Grenzen dieses Schutzes auch gegenüber den neuesten Waffen, vor allem der Atombombe. Ohne hier auf technische Einzelheiten einzugehen, seien die wichtigsten Punkte herausgehoben:

1. Der zweckmässig eingerichtete Luftschutzkeller werde auch künftig, wenn es zum schlimmsten kommen sollte, eine grosse Rolle spielen.
2. Nach allen internationalen Berichten, soweit sie auf ernsthaften wissenschaftlichen Untersuchungen beruhen, sind auch die Sicherungsmöglichkeiten vor den Verbrennungstrahlen der Atombombe wesentlich grösser als man im allgemeinen annimmt.
3. Die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Warnsystem sind durch die inzwischen erheblich erhöhten Fluggeschwindigkeiten erschwert, während sich andererseits auch die Methoden, anfliegende Maschinen auszumachen, sehr gebessert haben.

In diesen Tagen wird es in den Wohnungen, den Büros und Geschäften und auf der Strasse unzählige besorgte Gespräche geben. Allzu gross ist die Zahl der beunruhigenden Anzeichen geworden, als dass man sie übersehen könnte. Ruhe, nüchternde Betrachtung aber auch argwöhnische Aufmerksamkeit sind die einzigen Möglichkeiten, sich mit diesen Anzeichen auseinanderzusetzen.

Bemühungen um einen neuen ABC - Block

Rio de Janeiro, im Dezember

Gr. Drei südamerikanische Hauptstädte - Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago - sind in diesen Wochen die Zentren einer diplomatischen Offensive, die sich im Schatten der grossen Ereignisse der Weltpolitik abspielt, der aber dennoch Bedeutung zukommt: Lateinamerika ist das unmittelbare Hinterland der USA und als Kräfte-Reservoir für die westliche Welt von enormer strategischer Wichtigkeit.

Was sich jetzt hinter den Kulissen abspielt, wird auch nach aussen sichtbar in Erscheinung treten am 31. Januar, wenn Juan Domingo Peron, der Führer der argentinischen Hemdlosen in Rio de Janeiro zusammentreffen wird mit Getulio Vargas, dem soeben wieder zum Präsidenten Brasiliens gewählten "Vater der Armen". Auch hohe chilenische Politiker werden an diesem Tage in der brasilianischen Hauptstadt eintreffen. Gleichzeitig aber wird im Mittelpunkt der Besprechungen die Wiederbelebung des sogenannten ABC-Blocks stehen, der, aus Argentinien, Brasilien und Chile bestehend, drei der bedeutendsten südamerikanischen Staaten umfassen und einen beherrschenden Einfluss auf die übrigen 16 Republiken südlich von Texas ausüben würde.

Dieser Mächteblock, der zum ersten Mal von dem brasilianischen Aussenminister Baron von Rio Branco im vorigen Jahrhundert vorgeschlagen wurde, bestand in den 30iger Jahren als ein übernationaler Wirtschaftsverband und ein Schutz- und Trutzbündnis gegen kommunistische Umtriebe. Ihn heute wieder zum Leben zu erwecken, ist eine Lieblingsidee Perons.

Ihm schwebt offenbar die Schaffung von einer Art lateinamerikanischen Benelux vor. In vielerlei Hinsicht ist die Wirtschaft der drei Länder komplementär. Chile und Brasilien könnten dem rohstoffarmen Argentinien für seine aufstrebende Industrie die dringend benötigten Ausgangsmaterialien liefern, um dafür im Austausch Fleisch und Weizen abzunehmen. Soweit es sich also bei dem projektierten ABC-Pakt um ein rein wirtschaftliches Abkommen handelt, wäre dagegen nichts zu sagen. Jedoch liegt die Vermutung nahe, dass sowohl Peron als auch Vargas mehr vorhaben.

Peron erstrebt offensichtlich die Schaffung einer eigenen poli-

tischen Einfluss-Sphäre, die sich notwendigerweise gegen die Panamerika-Politik der USA richten müsste. Die Schaffung eines ABC-Blocks würde der erste Schritt auf dem Wege zu einem lateinamerikanischen Block sein, der schon allein durch sein zahlenmässiges Gewicht den vorherrschenden Einfluss des "nördlichen Kolosses" USA neutralisieren würde.

Zwar beteuert Peron, er stehe voll und ganz auf der Seite der USA, weil er deren Dollars braucht, gleichzeitig aber lanciert er durch seine Presse ununterbrochen Angriffe gegen den "Yankee-Imperialismus". Auch Vargas ist in seinen öffentlichen Erklärungen voll des Lobes über die USA. Jedoch näherten sich seine Propagandisten aussenpolitisch in verdächtiger Form der peronistischen Linie, als sie sich dafür einsetzten, dass Brasilien unter keinen Umständen Truppen nach Korea entsenden sollte.

Der chilenische Präsident Gabriel Gonzalez-Videla steht der ABC-Pakt-Idee fern. Einflussreiche chilenische Politiker für den Plan zu gewinnen, sind augenblicklich zahlreiche Abgesandte Perons bemüht. Nur die Zukunft kann lehren, ob sie Erfolg haben werden. Bisher jedenfalls ist Chile das schwächste Glied in der Kette.

- - - - -

"...im sozialen Interesse der Gesamtheit"

sp. Es geht um das Baulandbeschaffungsgesetz, das in Bonn demnächst zur Beratung steht. Um den Wohnungsbau zu fördern, soll in Einzelfällen, so besagt der Entwurf, auch eine Enteignung von Bauland "unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges" möglich sein. Selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung. Diese Bestimmung fußt auf dem Artikel 14 des Grundgesetzes, in dem es u.a. heisst: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig..."

Nun gibt es Kreise, die gegen die Enteignungsbestimmungen im Entwurf des Baulandbeschaffungsgesetzes Sturm laufen. Dazu gehören die Haus- und Grundbesitzervereine. In ihrem Auftrage sprach der Ordentliche Professor der Rechte, Dr. jur. Giese aus Frankfurt, mehrfach in Versammlungen. Er lehnt die vorgesehene Enteignung als "künstlich

legalisierten Verfassungsbruch" ab.

Es ist das gute Recht einer Organisation, sich einen Redner zu bestellen und ihn zu honorieren. Interessant, und man möchte sagen, geradezu paradox erscheint es nur, dass ausgerechnet Prof. Giese dabei in dieser Weise in Erscheinung tritt. Denn von diesem gleichen Professor Giese ist der meistbenutzte Kommentar zum Grundgesetz verbreitet, der vor einem Jahr geschrieben wurde. In diesem Kommentar schrieb Prof. Giese vor 12 Monaten noch: "...Der Genuss des Eigentums ist sozial gebunden. Der Schutz des Eigentums ist durch das soziale Interesse der Gesamtheit bedingt... Eine Enteignung setzt formell eine gesetzliche Grundlage, materiell die Notwendigkeit der Massnahme für das allgemeine Wohl (gemeinnütziges Vorhaben) und jedenfalls die Entschädigung des Betroffenen voraus. Die Möglichkeit einer entschädigungslosen Enteignung besteht nicht mehr..."

Liest man diese Kommentierung, so fällt es wirklich schwer, zu glauben, dass sie von dem gleichen Manne stammt, der heute, ein Jahr später, in Versammlungen und Zeitungsartikeln gegen das Baulandbeschäftigungsgesetz zu Felde zieht, das doch wahrhaftig nur "im sozialen Interesse der Gesamtheit" geschaffen werden soll. Aber der Haus- und Grundbesitzerverband denkt eben anders darüber. Und Herr Professor Giese anscheinend auch.

Freier internationaler Journalistenverband

A.F. Der der französischen Gewerkschaft CGT-Force Ouvrière angehörende Journalistenverband bemüht sich seit einem Jahr um die Bildung einer internationalen Organisation der freien Journalisten im Rahmen des Freien Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Gründungsversammlung soll man im Januar in Brüssel unter Beteiligung aller in Frage kommenden nationalen Journalistenverbände oder Gewerkschaften stattfinden.

Aus ostzonalen Zeitungen:

Gegen "Oberideologen"

"Die Abteilung Propaganda der Kreisleitung setzte sich mit der Organisations-Abteilung in Verbindung, um in einem Agitationseinsatz den im Stadtbezirk 22 (Leipzig) bereits im Juli begonnenen Winterschlaf ganz energisch zu unterbrechen. Beim Besuch der einzelnen Genossen stellte sich heraus, dass sie über das Parteischuljahr vollkommen falsch unterrichtet waren. So erklärte die Genossin Schreiber beispielsweise, "dass sie für eine dreimalige Schulung in der Woche tatsächlich keine Zeit habe". Der Einsatz der Agitatoren klärte auch die Frage, wie es möglich war, dass bisher ein grosser Teil der Mitglieder den Versammlungen fernblieb. Hatten sie sich anfangs in den Versammlungen zu Wort gemeldet, über diese oder jene Frage Aufklärung gefordert oder Kritik geübt, so gab es gewisse "Oberideologen", von denen sie als "schiefliegend" bezeichnet wurden. Dies hatte zur Folge, dass keine Diskussionen mehr zustande kamen, die Genossen den Versammlungen fernblieben und sich dadurch immer mehr von der Partei entfernten."

+ + + (Leipziger Volkszeitung "SED-Bez. Wst-...)

Verantwortlich: I. V. Josef Schmidt